XXII. Jahrgang | Berlin, den 2. August 1918 | Nummer 31

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57 Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer) Fernsprecher Amt Lützow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich Freitags. Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk. Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Gewerkschaftliche Offensive. — Modebildung und Arbeiterinteresse. — Ostelbien in Landau i. d. Pfalz. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Theaterarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Eingegangene Schriften. — Totenliste. — Feuilleton: Theaterkulturverbond und Gewerkschaften.

Gewerkschaftliche Offensive.

Wer einen Rückblick auf die vier Jahre des furchtbarsten aller Kriege wirft, der wird feststellen, daß die Stellung der Gewerkschaften seit den Augusttagen 1914 ihren Widersachern gegenüber eine wesentlich andere geworden ist. Damals vor Kriegsausbruch hatte im offiziellen Deutschland jene Atmosphäre fast Hochspannung erreicht, die den Arbeitern das freie staatsbürgerliche Atmen zur Unmöglichkeit machte. Das stark koalierte Unternehmertum sowohl als auch die von diesen und anderen reaktionären Kreisen beeinflußten behördlichen Gewalten verweigerten der organisierten Arbeiterschaft die Gleichberechtigung als Staatsbürger und schalten deren Abwehr dagegen als „staatsgefährliche Bestrebungen".

Wie ein Gewitter fuhr dann der Weltkrieg in diesen zähen sozialpolitischen Defensivkampf der Gewerkschaften um ihre Existenz hinein. Engherzige Vorurteile, Schmähsucht und andere üble Waffen der Gegner mußten angesichts der Energie, mit der die Gewerkschaften in der Kriegsnot für die Interessen der Arbeiter und damit für das Wohl der Volksgemeinschaft eintraten, gestreckt werden. Nichtsdestoweniger bedurfte es der größten Anstrengungen, um während der ersten Kriegszeit, in der die Umstellung zur Kriegswirtschaft durchgeführt werden mußte, den Organisationen der Arbeiterbewegung die Aktionsfähigkeit zu sichern.

Und heute? Heute kann konstatiert werden, daß die Gewerkschaften nicht nur ihre Stellung im öffentlichen Leben gehalten sondern auch ihre eigenen sozialen Aufgaben den Mitgliedern gegenüber in glänzender Weise gelöst und bereits so manche Etappe auf ihrem Wege zur anerkannten achtungheischenden Vertretung der Arbeiterklasse genommen haben. Ein treffender Beweis dafür sind die in Nr. 27 der „Gewerkschaft" schon veröffentlichten statistischen Zahlen, wonach allein die freien Gewerkschaften seit Beginn des Krieges bis zum 31. März d. J. rund 72¼ Millionen Mark für Unterstützungen ausgaben; dafür spricht vor allem auch die erfreuliche Tatsache, daß die Mitgliederzahl, welche Ende 1916 bis auf 916623 gesunken war, sich wieder in kontinuierlichem Aufstieg befindet und im ersten Quartal 1918 auf 1336519 angewachsen ist.

So tritt sich wieder der frische Geist der letzten Friedensjahre in der gewerkschaftlichen Arbeit im allgemeinen sowohl als auch in vielen Einzelbestrebungen in den hoffnungsvollsten Weise.

Unser Verband marschiert — das darf mit Genugtuung gesagt werden — in der angedeuteten Richtung in gleichem Schritt und Tritt. Wie aus dem Bericht über das erste Quartal 1918 („Gewerkschaft" Nr. 27) zu ersehen ist, konnten am 31. März 35193 Mitglieder — das sind wieder 2200 Mitglieder mehr gegen das Vorquartal — gemustert werden, ohne die im Heeresdienst stehenden 28847 Kollegen. Und die letzte Monatsstatistik weist nach, daß die steigende Tendenz anhält und am 1. Juli 36483 Mitglieder gezählt werden konnten; das bedeutet gegenüber der durch die Kriegsverhältnisse gesunkenen niedrigsten Zahl von 25586 am Ende 1916 in knapp 1½ Jahren eine Zunahme um 10588 Mitglieder. Ein gleich günstiges Bild zeigt die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes; denn seit Kriegsbeginn bis zum 1. Juli dieses Jahres wurden 78700 Mk. an Arbeitslose, 663941 Mk. an Kranke und 676311 Mk. an die Familien der Kriegsteilnehmer, insgesamt **1702029 Mk. an Unterstützungen** gezahlt.

Die Werbe- und Stoßkraft des Verbandes befindet sich also wieder in der besten Entwicklung, wofür besonders auch die Tatsache zeugt, daß das materielle Ergebnis der von der Organisation im Jahre 1917 geführten Lohnbewegungen 828368 Mk. in der Woche oder

40075184 Mk. im Jahre an Lohnzulagen

aufweist, die in 120 Gemeinden und 12 Staatsbetrieben für die Arbeiter und Arbeiterinnen erreicht werden konnten.

Diese frische Werbe- und Stoßkraft gilt es jetzt für die gewerkschaftliche Arbeit energisch zu nutzen. Die Gunst der Stunde, welche alle Vorbedingungen dazu bietet, verlangt die Anspannung aller Kräfte, um der Arbeiterbewegung und ihren Zielen freie Bahn zu schaffen, und die Front der Gegner zu durchbrechen. Auf der ganzen Linie muß die gewerkschaftliche Offensive einsetzen, wenn die Widerstände, welche sich, je länger der Krieg dauert, um so mehr wieder aufrimmen, endlich gebrochen werden sollen.

Ueber die aggressiven Absichten ihrer Widersacher darf sich die organisierte Arbeiterschaft keiner Täuschung hingeben; die kommenden schweren wirtschaftlichen Kämpfe müssen sie gewappnet finden. Die mehr und mehr sich hervorwagenden Versuche auf Herabdrückung der Löhne in der Rüstungsindustrie, welche, wenn sie glücken, sehr bald allen Arbeitern fühlbar werden werden, zeigen deutlich, wo der Kampf einsetzen muß. Trotz Schleichhandels- und Wucherpreisen für die kaum erschwinglichen Bedarfsartikel des täglichen Lebens, trotz fortwährend steigender Not in der Volksernährung, trotz Mietsteigerungen, Steuererhöhungen usw. Herabdrückung der Existenzbedingungen der Volksmassen durch Lohnherabwagen, wobei ein Merkzeichen für die Arbeiter ist „Lohnerhöhungen" die Staatswerkstätten in Spandau und Wiesbaden und anderswo an der Tagesordnung waren. Ganz zu schweigen von den anderen schweren Mängeln im Arbeiterschutzes, welche der Kriegszustand und seine Ausgestaltung im kapitalistischen Sinne herbeigeführt hat.

In einem nicht minder schweren Ringen befindet sich die organisierte Arbeiterschaft um die Dringendsten und durch die

Krieg geradezu beschwörend gewordenen sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften.

Von der Verordnungen der Reichsregierung ist bisher nur die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung erfolgt. Es droht auch noch die sofortige Fortsetzung der Schaffung der Arbeitskammern zu scheitern, da die Wünsche der Arbeiterorganisationen aller Richtungen nicht berücksichtigt werden sollen. Und — nun nur noch eines zu kennzeichnen — die gesetzlichen Bestimmungen über den Arbeitsschutz werden wider unmöglichen noch erfahren sie die dringend notwendige Erweiterung, die unerlässlich ist, um den durch diesen Krieg heraufbeschworenen verheerenden Schäden an der Volksgesundheit erfolgreich entgegenzuwirken.

Was aber sind mit der so feierlich der Welt verkündeten Reform des preußischen Wahlrechts, die geradezu als die Vorbedingung einer staatsbürgerlichen Weiterentwicklung in freiheitlichem Sinne für das ganze Reich angesehen werden muß und daher auch die Gewerkschaften lebhaft angeht, wenn sie in einem Kampfe um Licht und Luft für ihre Aufgaben und Ziele letzten Endes nicht immer am derselbe reaktionäre Hauptverhinderungsstoßen wollen?! Der vorläufige Tatsachenbericht, wie sie sich in dieser Beziehung in den zuständigen Parlamenten seit Monaten ergeben, muß so schnell als möglich durch Einführung des unbedingt gleichen Wahlrechts zu Ende gebracht werden.

Gegen die Feinde all dieser sich aus notwendigen sozialen Art ergebenden Forderungen der Arbeiter muß mit unerbittlicher Strenge zur Anarchie vorgegangen, muß die gewerkschaftliche Streikfront geschlossen und verstärkt werden.

Wenn je, dann bieten die geschwächten Zeitverhältnisse die Mittel in Hülle und Fülle dazu, um die Agitation für die Ausbreitung und Festigung der Arbeiterorganisationen erfolgversprechend aufzunehmen. Wenn jemals, so muß es jetzt gelingen, auch den schlimmsten Feinde in der eigenen Klasse, den „Unverstand der Massen", beizukommen und der Fahne der Solidarität aus den Reihen des arbeitenden Volkes immer neue Anhänger zuzuführen.

Wer möchte dann seine Pflicht versäumen? Wer wollte gegenüber dieser Ehrenpflicht da noch abseits stehen?! Keiner darf ruhen, bis auch der Letzte seiner Arbeitskameraden den Weg zur Organisation gefunden hat. Jeder ob jung oder alt hat dazu Hand anzulegen. Alles an die gewerkschaftliche Front! Das ist das Gebot der Stunde!

Modebildung und Arbeiterinteresse.

Einem interessanten Aufsatz von Dr. Bruno Rauecker in der „Glocke" entnehmen wir nachstehenden Auszug:

Eine Untersuchung über die Zusammenhänge zwischen Modebildung und Arbeiterinteresse wird, wenn sie urteilen und nicht nur feststellen soll, auf zweierlei Dinge ihr Augenmerk zu richten haben: auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Mode und auf die sozialpolitischen Wirkungen ihrer Macht. Beide können sich, mehr oder weniger in der Vordergrund gekehrt, zu wirtschaftspolitischen und sittlichen Forderungen verdichten, selten gering werden sie hierbei vereint sein.

In diesen Zeiten wird von den sozialpolitischen Forderungen gesprochen werden, nicht deshalb, weil sie für die Arbeiterschaft entscheidend sind, sondern weil die volkswirtschaftliche Seite der Frage ohne Zahlenunterlagen kaum erörtert werden kann. Die fehlen uns, wie sie uns leider auch schon im Frieden fehlten, wenn wir den fragwürdigsten Problemen des Modeobjekts, der Mode überhaupt, der handelspolitischen Bedeutung der Modewaren im In- und Ausland nachzuspüren suchten. Wir waren immer nur auf Vermutungen angewiesen, die, wenn auch mit Zahlen hin und wieder unterlegt, wissenschaftlicher Darstellung immer wieder trotzen konnten: die Geschäftswelt kennt den Begriff der „Mode" nicht.

Nun sind in den vergangenen Monaten Tatsachenerhebungen in Fluß gekommen. Im Schuhgewerbe wie in der Webereifabrikation, in der Bekleidung, ja selbst im Hausbau sind Einheitsnormen ausgedacht, und wir wissen, daß der Rohstoffmangel auch in anderen Gewerben zur Modeabkehr nötigen wird. Es ist außer allem Zweifel, diese Entwicklung kommt dem Arbeiter als Konsumenten in erster Reihe zugute. Er ist es, der nach dem Maß, nicht nach dem Maß der Leistungen zuforderst Ausschau hält und halten muß. Was sollten die Kriegsheimkehrer, die noch während oder nach dem Kriege ihr eigenes Heim begründen wollen, tun, wenn ihnen nicht vom Staat, von den Gemeinden, durch Zeitbilder der Verbände zu billigen Preisen typischer Hausrat zugewiesen würde? Was sollten die Arbeiterinnen tun, denen die Mode die Heimbekleidung der Kriegsjahre nicht zugewiesen hatte? Wir haben es nach 1871 erlebt, was es bedeutet, wenn heimkehrende Krieger in die ausbeutenden Hände der Abzahlungsunternehmer geraten, an den Preis wie an der Qualität der Waren, die als Schaumsteine einer kulturellen Zeit erhalten sind. Bereinheitlichung der Produktionsbedarfs hat Ingangsetzung des Angebots, Verzicht auf modischen Wechsel der Maßnahmen.

Hier setzt das Arbeiterinteresse ein. Hier gilt es, aus einem sinnlosen Vorgang einen sinnvollen zu machen: in den Arbeitsgemeinschaften, in den Arbeitskammern, in den Arbeiterausschüssen der Betriebe selbst. Schon heute wehren sich die Unternehmer, ihre Betriebe auf Tagesfabrikation umzustellen, schon jetzt behaupten die Wirtschaftskreise, den Anforderungen der Konsumentenkreise nicht gerecht zu sein. Die Unzeitgemäßheit der Arbeiter wird zum Beweis herangezogen, der Bedarf der Arbeiterschaft als modisch wechselnd hingestellt. Hier gilt es aufzuklären in den eigenen Reihen, zu lernen am tatsächlichen Entwicklungsgang, daß Abkehr von der Mode Sozialpolitik der Tat bedeutet.

„Die Mode gebietet, sich nicht mehr in Seide zu kleiden und Lyons Bevölkerung wird brotlos; man hört auf, Stahlkorsetts zu tragen und es entsteht Mangel in Bermingham", so schrieb 1860 der „Westfälische Anzeiger" und heute noch kennt es von Mode und Arbeitsmarkt ähnliches berichten. „Der (Textil-) Fabrikant wird gibt der Konsumentenkreis die Gewähr, nicht spät, um sich dem Tempo an den laufenden Kollektionen die Tendenz der Mode erkennen und sich nach ihr richten zu können. So werden die Arbeiter in Heim beschäftigt, mit der Verkürzung, daß das Kernstückgewerbe im Sommer Weihnachtsartikel, im Winter Ostereier herstellt." „Werden in der Kriegszeit einmal große Bestellungen nach Metallwaren, zum Beispiel nach Stahlhelmen, Kochgeschirren usw. Mode, so werden die Arbeiter [illegible] Zur Arbeitslosigkeit [illegible] ten statt weiterer Gebrauchsgegenstände, von [illegible] wollen statt Seide und Samt." Der [illegible] der Mode der ersten Kriegsjahre auf [illegible] Gewerben die Unterschichten zu Schaden brachte. Hier schien den modisch [illegible] Kommerzienrath die Importwirtschaft gerade, die [illegible] Moden der langen Kriegsjahre die Arbeiter am Armbändchen brotlos machen.

Die Mode nutzt den Unternehmer im Interesse seines Betriebes zu einzelnen Handlungen. Wo auch nur die Möglichkeit besteht, sich zu rechtfertigen, wo Wäsche die Betriebsführung der Mode wegen von Grund aus zu verändern, muß im Unternehmer der Kaufmann, dem Arbeiter das Risiko mit aufzubürden, erhalten sein. Das Ledergewerbe wie in der Feinmechanik ist zu bemerken. Die Mode nutzt Metallteile wie in der Bijouterie ist zu bemerken. Die Mode nutzt zur Aufrechterhaltung der Heimarbeit. Konzentration im Zuhause, in geschlossenen Werkstätten sind dort nicht möglich, wo die Konjunktur in kürzer Folge Beschränkungen des Betriebs, Einschränkungen vom Arbeitsstreiten oder auch das Gegenteil erwarten muß. „Das Tempo der Entwicklung ist bei eigentlichen Modeartikeln von solcher Bedeutung, daß es diese sogar gewissen Zweigen [illegible] der Technik entzieht, die auf anderen Gebieten allgemeinen [illegible] sind." Wir haben es vor einigen Monaten erlebt, daß [illegible] des Hausbaugewerbes dort nicht [illegible] werden konnten, wo die Wertbildung der Bauten vom Lehrer [illegible] Handhabung von Lohnsätzen und von Lohnzuschüssen nicht entsprechende Bestimmungen der Entlohnung [illegible] Arbeitsgemeinschaften [illegible] Erst eine [illegible] bestimmt sind die Folgen in den Betrieb [illegible] Erst eine [illegible] Zusammenarbeit ein, so muß in 3–4 Wochen [illegible] Markt [illegible] werden, was rasch Maschinen, Vorrichtungen und Menschen [illegible] können. Die Mode [illegible] Lohnsätzen [illegible] dem Verzicht 12–13 Stunden, und nur der Arbeiterschaft [illegible] gesetzten abhalten. „Nicht [illegible] Aufsicht, [illegible] Industrien zu dieser übersichtigen Arbeitszeit, sondern [illegible] hingegen [illegible]

weise einsetzende und zugleich schnell zu befriedigende Nachfrage, sowie das [illegible] „[illegible]“ Als im Jahre 1905 der Deutsche [illegible] an die [illegible] die [illegible] die im Modewechsel [illegible] Mehrarbeit mit 25 Proz. Zuschlag zu entschädigen, erhielt er die Antwort: „In einer [illegible], welche mit der Mode [illegible], in einem [illegible] für sich allein, kann die Arbeitszeit nicht schablonisiert werden.“

Die Mode ist der Feind aller Bindungen und [illegible] ist der Feind des [illegible]. Mit allen Mitteln suchen die Fabrikanten Tariflöhne [illegible], die ihnen Verpflichtungen [illegible] auch für die [illegible] schlechter Konjunktur. Jedes neue Muster erfordert eine neue Lohnberechnung. Die [illegible] des Musterwechsels, die [illegible] des [illegible] Apparats, [illegible] Hindernisse der [illegible] Die Unmöglichkeiten der Erledigung an [illegible] entscheidend gegen den Tarif.

[illegible] sehen die Arbeiterschaft der Modegewerbe gespalten. [illegible] und Hungernde, [illegible] und Unzufriedene, [illegible] nach der [illegible]. Aber wir [illegible] auch das [illegible]. Am [illegible] Organisierbarkeit [illegible] Arbeiterschaft. [illegible] Lohnerhöhung mit Verhandlungen [illegible] der Heimarbeiter mit den [illegible] sind für den [illegible] gewiß. [illegible]

[illegible]

[illegible] hat [illegible] 1917 [illegible]

[illegible]

[illegible]

des Arbeiters gleichwertig fördern können? Die Industrie ist im [illegible] Bedarfs zur [illegible] bildung [illegible] Interesse sollten die Arbeiter — nicht nur mit Hinblick auf die Gefahr des [illegible] — diesen Entwicklungen schon heute entgegentreten. Es könnte [illegible], daß aus [illegible] Anfang eine Wurzel zu organischem Bau der Volkswirtschaft sich gräbt. Mit Hilfe der Typen könnten [illegible] und [illegible] lung [illegible] werden [illegible] Mitarbeit der [illegible] Klasse not. In jedem Gewerbe, in jedem Betrieb, in jeder Industrie [illegible] Mode [illegible] parlament mit [illegible] und [illegible] könnte [illegible] freie Unternehmertätigkeit bisher [illegible]. Es muß Betriebs[illegible] parlamentarischem [illegible] werden [illegible] der Allgemeinheit über dem [illegible] des einzelnen Betriebes [illegible] der [illegible] Qualitätsermittlung verarbeiteter Materialien, [illegible] Ueberwachung der Textilien, sie können [illegible] gewiß. Aber mit ihnen muß die Ueberwachung durch die Verbraucher selbst verbunden sein. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat seine Tätigkeit auf Qualitätsprüfungen der „[illegible] des täglichen Bedarfs“ erweitert, er sollte Materialprüfungen [illegible] einbeziehen. Fabrikmarken und Warenmarken, amtliche Eichung und Stempelung von Edelmetallen sind zu begrüßen, Unterweisungen in Warenkunde an allen Schulen auszubauen.

Wir wollen unseren Platz an der Sonne nach diesem Kriege. Aber wir wollen [illegible] unsere Fehler [illegible] Modewahnsinn vergangener Tage [illegible]

Ostelbien in Landau i. d. Pfalz.

[illegible]

[illegible]

ob, daß die Löhne und Zulagen der Arbeiter genügend seien, mehr [illegible] nicht gezahlt werden, da die Arbeiter zumeist schon alt und nicht voll leistungsfähig seien. Und so geschah es. In der Sitzung der Gemeindebevollmächtigten vom 11. Juli teilte der Magistrat mit dürren Worten mit, daß er die Eingabe nach dem Gutachten der beiden Betriebsleiter völlig abgelehnt habe. Sich so schulbubenmäßig behandeln zu lassen, ging selbst den bürgerlichen Stadtverordneten wider den Strich. Einmütig war die Empörung des Kollegiums gegen diese Rechthaberei des Magistrats. Aber zu einer einmütigen Gesamtdemonstration kam es leider nicht. Zwar schlugen die sozialdemokratischen Stadtverordneten Wiesner und Liar vor, [illegible] und einstimmig dem Magistrat dieselbe Forderung nochmals zur Berücksichtigung zu überweisen, dann hätte er betreten müssen. Aber der Vorschlag fand keine Einstimmigkeit, und so beschloß das Kollegium einstimmig, den Magistrat zu ersuchen, am 1. Oktober eine einmalige Zulage von 80 Mk. für Ledige, 100 Mk. für Verheiratete und 10 Mk. für jedes Kind zu gewähren, damit der Winterbedarf gedeckt werden kann. Was aus diesem Antrag wird, ist schwer zu sagen. Zu hoffen ist von diesem Magistrat nichts. Was aber die Ablehnung der Eingabe betrifft, so ist dieselbe nicht nur an sich ein [illegible] Stück, angesichts der niedrigen Löhne und Zulagen, sondern noch viel [illegible] ist die Begründung. „Zu alt" seien die Arbeiter, erklärt der Magistrat. Dabei verschweigt er [illegible], daß viele, wenn nicht die meisten der Arbeiter, bei ihm selbst alt und grau geworden sind. Achtzehn Arbeiter, wird u. a. gesagt, seien über 60 Jahre alt. Wir haben ohne Vorbereitung [illegible] eine Liste zusammengestellt, in welcher 16 Arbeiter über 60 Jahre enthalten sind. Davon sind zwei über 30 Jahre, [illegible] 25 Jahre, [illegible] je 20 Jahre, einer 16 Jahre bei der Stadt. [illegible] unter den zehn allein [illegible], die über 16 Jahre da sind. Und so wird es bei den übrigen acht auch aussehen. Und angesichts dieser Tatsachen schämt sich der Magistrat nicht, zu erklären, daß die Arbeiter zu alt seien, um ihnen etwas mehr Zulagen zu gewähren. Schlimmer kann es auch ein [illegible] [illegible] im [illegible] Posen und Mecklenburg nicht treiben. [illegible] [illegible] von Landau unter Führung des Herrn [illegible] [illegible] Der Herr Bürgermeister [illegible] zweideutige Rolle. Im allgemeinen [illegible], doch konnte man [illegible] näherem [illegible] [illegible] Merkmale [illegible] [illegible] Im Gegenteil!

Landau zählt zu den ganz wenigen Städten, die [illegible], keinen Lohntarif, kein [illegible] Arbeiterausschuß [illegible] sitzen, nichts ist vorhanden, das auch auf nur einigermaßen geordnete Arbeiterverhältnisse hinweist. Landau ist sowohl in dieser Hinsicht wie bezüglich der Zulagen die schlechteste Stadt der ganzen Pfalz. Dabei ist der Bürgermeister schon lange, lange Jahre im Amt. Hätte er nur einigermaßen den Ehrgeiz oder das Verständnis dafür, müßten längst solche Bestimmungen vorhanden sein. Die Untätigkeit des Bürgermeisters aber ist nur dadurch zu erklären, daß ihm nicht nur das Verständnis für Arbeiterfragen abgeht, sondern daß auch sein geistiger Einfluß im Magistrat trotz der langen Amtszeit bejammernswert gering ist. Sonst könnte es nicht vorkommen, daß der aus zehn Mitgliedern bestehende Magistrat, von dem angeblich noch drei arbeiterfreundlich sein und für die Arbeiter gestimmt haben sollen, ein solches Stück aufführt. Was das Alter der Arbeiter anbetrifft, so ist das ein fauler Grund, denn auch die jüngeren und die Gasarbeiter haben noch nichts erhalten. Deshalb ist vor allem nötig, daß die Kollegen die noch Fernstehenden dem Verband zuführen, damit einmal endgültig festgestellt werden kann, wer für uns und wer wider uns ist. In der Sache selbst wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, um alle Instanzen zu erschöpfen. Mag derselbe aber entscheiden wie er will, soviel steht fest, daß diese Arbeiterbehandlung durch den Magistrat direkt beschämend ist. Eine Stadtverwaltung, die ihre eigenen bei ihr alt gewordenen Arbeiter von Zulagen ausschließt, weil sie zu alt sind, die gehört an den Pranger, mag dies nun in Landau oder wo immer sein. Nur ist dies für Landau noch beschämender als für [illegible] oder Weißenburg. Denn bisher glaubte man immer noch, daß in der weinfrohen Pfalz solche Gewächse nicht gedeihen.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung

Sichert den Anspruch auf Altersrente. [illegible] [illegible] [illegible] Nach § 1280 der Reichsversicherungsordnung erlischt die Anwartschaft zur [illegible], wenn während zweier Jahre nach dem [illegible] der [illegible] [illegible] 20 Wochen auf Grund der Versicherungspflicht oder der Weiterversicherung geleistet worden sind. Um also die Anwartschaft zu erhalten, müssen diejenigen, die aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden, [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] der Versicherungspflicht [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] an, die von Anfang an [illegible] der Versicherung [illegible] [illegible] [illegible] [illegible]

Theaterkulturverband und Gewerkschaften.

Von [illegible], [illegible] der Generalkommission im Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur*).

I.

Es kann die Tatsache nicht bestritten werden, daß heute noch große, breite Schichten des Volkes den edelsten Werken deutscher Geisteskultur, den größten Schöpfungen der Bühnenkunst verständnislos gegenüberstehen. Aber die Behauptung, daß diese Massen nie etwas von Kunst verstehen lernen werden, muß solange bestritten werden, als diesen Massen nicht Gelegenheit geboten ist, die Werke der Kunst kennen und genießen zu lernen. Das heißt nicht einmal, [illegible] ein Theaterstück sehen oder ein Musikwerk hören, sondern Gelegenheit zum regelmäßigen und dauernden Genuß. An solchen Gelegenheiten hat es bis heute gefehlt. Nur in einigen wenigen [illegible] sind bescheidene Anfänge gemacht worden; selbst die [illegible] muß, gemessen an dem Maße des wirklichen [illegible], ein bescheidener Anfang genannt werden. Aber sowie [illegible] dieser [illegible] [illegible] lassen läßt, muß doch zugegeben werden, daß [illegible] nicht an den [illegible] einer [illegible] [illegible] [illegible], sondern daß sie [illegible] [illegible] [illegible] in der Lage sind, sich die [illegible] schaffenden Kräfte [illegible] Kunstgenuß [illegible] können. [illegible] [illegible], daß gerade für [illegible] Kunst [illegible] [illegible] einzutreten ist, und daß [illegible] [illegible] und sei es auch nur [illegible] [illegible], dem [illegible] das Verständnis für echte [illegible] erwecken. Und zwar ganz gewiß in mir [illegible] [illegible] die Eigenschaften [illegible] in den [illegible] [illegible] sind. Es ist doch nun auch [illegible]

Durchaus nicht alle, die heute Zeit und Mittel haben, bei den Erstaufführungen (Premieren) die Theater zu füllen und damit ein äußerliches Interesse für die Kunst an den Tag legen, haben auch wirklich Kunstgefühl und Kunstverständnis. Dasselbe läßt sich sagen von den ständigen Besuchern der teuern Plätze im Theater. Manch einer von diesen „Theaterbesuchern" liest erst am andern Morgen in seinem Leibblatt, was er am Abend zuvor gesehen und gehört hat. Und selbst diejenigen, die zur Kunst in einem beruflichen Verhältnis stehen, brauchen doch mitunter recht lange, ehe sie sich über künstlerischen Wert und Inhalt des Dargebotenen klar zu werden vermögen.

Ein geradezu klassisches und zugleich das bekannteste Beispiel dieser Art ist Richard Wagner; [illegible] konnte man auch Wedekind nennen. Lange Jahre haben diese Künstler um ihre Anerkennung ringen müssen, Wedekind ist ja auch heute noch nicht [illegible]. Es gibt auch noch [illegible] [illegible]. Die die [illegible] [illegible] [illegible]. Und es sind [illegible] [illegible] mit [illegible] [illegible] die [illegible] Sternen am [illegible] des [illegible] [illegible] haben.

Gewiß — es handelt sich [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] sie als [illegible] [illegible] [illegible] sind aber [illegible] [illegible] Theater [illegible] [illegible] [illegible], daß auch in Kreisen der [illegible] [illegible] [illegible] — [illegible] wenn [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] die Kunst [illegible], ihnen an Hand der [illegible] und der [illegible] der [illegible] zu beweisen, daß [illegible] durchaus [illegible], niemals mehr eingebildet als gebildet [illegible] [illegible] über das „[illegible]" [illegible] zu fallen.

[illegible] [illegible] wird [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] auch dem Verbande zur Förderung deutscher Theaterkultur [illegible]. [illegible] ist [illegible] [illegible] [illegible] [illegible], daß [illegible] Leuten, [illegible] [illegible] [illegible], [illegible] daß sein Vorgenommenes zu haben glauben, [illegible]

*) Die nachfolgenden Ausführungen, die [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] Mitglieder [illegible] Zeitung. D. Ch.

müssen dann aber alle zwei Jahre mindestens 40 Marken kleben. Vielfach hört man die Meinung aussprechen, es genügt, wenn ich in zwei Jahren 20 Marken klebe. Wie oben dargelegt, genügt diese Zahl von Marken, soweit der Anspruch auf Invalidenrente in Betracht kommt, nicht unter allen Umständen, wenn es sich darum handelt, das Anrecht auf Altersrente zu erlangen. Um Altersrente zu erhalten, muß der Versicherte bei Zurücklegung des 65. Lebensjahres mindestens 1200 Marken geklebt haben. Für solche Versicherten, die bei Inkrafttreten der Versicherung, zumeist am 1. Januar 1891, das 35. Lebensjahr überschritten hatten, mindert sich diese Zahl um 40 für jedes Lebensjahr über das 35. Lebensjahr hinaus. Sind die erforderlichen Beitragswochen nicht erfüllt, wird der Anspruch auf Altersrente abgewiesen, der Versicherte muß dann solange warten, bis die erforderliche Zahl erreicht ist. Dieser Schaden läßt sich durch die Verwendung einer größeren Zahl von Beitragsmarken abwenden. Einige Beispiele sollen das Vorhergesagte dartun. Angenommen, ein Versicherter A. scheidet im 40. Lebensjahre aus der Versicherungspflicht aus. Er hatte 1000 Marken geklebt. Bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres hat er noch 25 Jahre zurückzulegen. Klebt nun A. alle zwei Jahre mindestens 20 Marken, so wird er bis zum 65. Jahre noch 250 Marken kleben können. 1000 Pflichtmarken und 250 Marken auf Grund der Weiterversicherung ergeben 1250 Marken. A. hat also den Anspruch auf Altersrente noch erworben. Anders jedoch in folgenden Fällen: B. ist ebenfalls 40 Jahre alt beim Beginn der Weiterversicherung. Er hatte bis dahin nur 600 Marken geklebt, es fehlen ihm also an der Wartezeit zur Altersrente noch 600 Marken. Da er auch 25 Jahre warten muß, würde er, wollte er gleichfalls alle zwei Jahre nur 20 Marken kleben — also 250 Marken in den 25 Jahren — bei Vollendung des 65. Lebensjahres nur 850 Marken nachweisen können, sein Anspruch müßte also abgelehnt werden. Will B. sich den Anspruch bei Vollendung des 65. Lebensjahres erwerben, muß er daher alle Jahre mindestens 24 Marken kleben. — C. ist 50 Jahre alt, hat 800 Marken geklebt, ihm fehlen also noch 400 Marken. Diese 400 Marken müssen bis zur Vollendung des 65. Jahres, also innerhalb 15 Jahre geklebt werden. C. hat also jährlich 27 Marken zu kleben. Wird jemand vor Vollendung des 65. Lebensjahres invalid, so kommen ihm die mehr geklebten Marken gleichfalls zugute, da sich die Invalidenrente mit jeder mehr und in höherer Klasse geklebten Marke erhöht. Wir glauben durch diese wenigen Beispiele gezeigt zu haben, wie notwendig es ist, eventuell auch über die Zahl von 20 Marken innerhalb zweier Jahre Marken zu kleben. Kann der freiwillige Versicherte die Berechnung nicht vornehmen, wendet er sich am besten an das zunächst gelegene Arbeitersekretariat, wo ihm zweckdienlich Rat erteilt werden wird. Bei Beachtung des Obigen schützt sich mancher vor Nachteilen.

Theaterarbeiter

Dortmund. Die „Westf. Allg. Volksztg." schreibt: Am 4. Mai berichteten wir über eine Lohnbewegung des technischen Personals unseres Stadttheaters und die sozial recht unrühmliche Rolle des Theaterdirektors Bollmann in dieser Angelegenheit. Da die Löhne der in Frage kommenden Arbeiter besonders niedrig sind, so blieben die endlichen Zugeständnisse doch noch weit hinter den Lebensbedürfnissen der Leute zurück. Während jener Lohnbewegung war nun auch eine Vergütung in Höhe von 150 Mk. für die längere Arbeitszeit während der verlängerten Spielzeit vom 15. Mai bis zum 14. Juli gefordert worden. Sonst beträgt die Arbeitszeit vom 15. Mai ab täglich 8 Stunden, währenddem jetzt 8 Wochen 10 Stunden gearbeitet werden mußte, was insgesamt etwa 112 Arbeitsstunden ausmacht. Diese erhebliche Mehrarbeit können die Arbeiter unmöglich als „Kriegsliebesdienst" hergeben, zumal das Theater gerade in der letzten Spielzeit wieder hervorragende Geschäfte gemacht hat. Und daran ist doch schließlich auch das technische Personal beteiligt, das sich seit jeher mit geradezu kümmerlichen Löhnen abfinden lassen mußte. Noch im Januar 1918 erhielten z. B. die Schneider monatlich sage und schreibe 125 Mk. ohne Teuerungszuschläge. Nun war nach der Auffassung des Ausschusses dem Personal die Gewährung einer Vergütung für die durch die längere Spieldauer erhöhte Arbeitszeit durch Herrn Bollmann in Aussicht gestellt worden. Der Ausschuß nahm daher Veranlassung, den Direktor an sein Versprechen zu erinnern. In einer längeren schriftlichen Antwort bestreitet Herr Bollmann dieses Versprechen, weil er gar nichts versprochen habe; die Entscheidung läge vielmehr ausschließlich bei der vorgesetzten städtischen Behörde. Er will vielmehr seinerzeit die Forderung gleich als unberechtigt bezeichnet haben. Dabei vertritt er jetzt auch den Standpunkt, „daß die Spielzeitverlängerung nicht als Lebensverschlechterung, sondern als eine Verbesserung anzusehen ist"! In der Eingabe war die Vergütung für die schon länger am Theater Beschäftigten gefordert worden, was Bollmann jetzt als unsozial bezeichnet. Zweifellos trifft diese Kennzeichnung zu, aber ist denn im Theatersitzungszimmer nicht eine ähnliche Äußerung gefallen? Der Ausschuß beruft sich dabei auf ihm gemachte Zusicherungen und greift diese Beschränkung der Forderung nicht aus der Luft. — Wenn Herr Bollmann sich nachzuweisen bemüht, daß sich die Leute auf die Bärenhaut legen können, sobald die einzelnen Akte aufgebaut sind, so irrt er gewaltig. Diese Zeit, während deren das Personal zur Stelle sein muß — und wahrlich nicht untätig —, scheint Herr Bollmann nicht als Arbeitszeit zu rechnen. Dann wäre es aber doch richtiger, er schickte die Leute nach dem ersten Akt nach Hause. Die Frauen der Arbeiter sparen dann wenigstens Licht und Heizung. Schließlich teilt der Direktor noch mit, daß er die Angelegenheit der Theaterdeputation mitgeteilt habe, sie war aber leider noch nicht zum Abschluß gelangt. Eine baldige Regelung ist aber sehr angebracht, denn die Arbeiter haben jeden Pfennig nötig. Sie haben sich in die Verlängerung der Spielzeit gefunden, nun mag man auch ihren berechtigten Wünschen entsprechen.

---

haben, die Massen für das Theater zu gewinnen und umgekehrt, das Theater den Massen entgegenzubringen, vergebliches Bemühen sei. Vergeblich deshalb, weil eben die Masse vom Theater nichts versteht. Diesen Widerspruch hat der genannte Verband besonders um deswillen hervorgerufen, weil er nicht etwa ein „Theaterverein" im gewöhnlichen Sinne des Wortes ist und sein will, der sein Ziel darin erblickt, die Masse zu „amüsieren", sondern weil er eben seine Ziele erheblich weiter gesteckt hat. Er hat sich, wie sein Name besagt, kulturelle Aufgaben gestellt. Er will, daß das Theater ein Kulturfaktor im Leben des deutschen Volkes wird. Er will nicht nur den Theaterbesuch fördern, sondern er will zu gleicher Zeit erzieherisch und veredelnd auf den Theaterbesuch und die Theaterbesucher einwirken, ebenso aber auch auf das Theater selbst. Das letztere in dem Sinne, daß es sich aus seinem jetzigen Zustande als Geschäftstheater erhebt und zu einem Kulturtheater wird. Das soll dadurch erreicht werden, daß Theater[illegible] und darstellende [illegible] und somit alles, was [illegible] mit dem Theater [illegible], in [illegible] Umfang gehoben werden.

Was der Verband bezweckt, das sagt er kurz und klar in dem [illegible] Merkblatt: „Was will der Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur?"

[illegible]

[illegible]

Nach [illegible]jährigem Bestehen zählt der Verein bereits 11 000 Mitglieder, [illegible] Verbände und Vereine mit insgesamt [illegible] Millionen Mitglieder sind ihm beigetreten, desgleichen etwa 50 Städte und Landkreise. In verschiedenen Provinzen und Bundesstaaten sind Provinzial- bzw. Landesausschüsse gebildet, denen in erster Linie die Lösung der Wandertheaterfrage obliegt.

Der Verband widmet sich gleichzeitig mit Eifer der Bildung von Ortsvereinen, die in über 100 deutschen Städten bereits eingeleitet ist und die in etwa 40 Städten bereits erfolgreich arbeiten. In den größeren Städten, die ein eigenes Theater besitzen, ist es die Aufgabe der Ortsvereine, die Theaterleitung in ihrer künstlerischen Arbeit zu unterstützen, durch geeignete Einrichtungen die Vorstellungen allen Kreisen des Volkes zugänglich zu machen und auf den Geschmack veredelnd einzuwirken. Auch kann durch die literarisch interessierten Kreise die Förderung besonderer Kunstgattungen betrieben werden.

In den kleinen Städten ohne eigenes Theater tritt der Ortsverein als Organ der [illegible] der Bevölkerung an die Stelle der [illegible], er beseitigt im Zusammenwirken mit der Städteverwaltung das System der Zufallstheater, das bis jetzt das Kennzeichen des Theaterlebens in den meisten kleinen Städten ist und bei dem es ganz in das Belieben umherziehender Truppen gestellt ist, mit welcher Kost [illegible] sie die Stadt beglücken wollen. Der Ortsverein arbeitet einen Winterspielplan aus, bei dem auch auf die Einrichtung von Volks- und Schülervorstellungen Bedacht genommen wird, er ermöglicht den gemeinnützigen [illegible] Bühnen eine [illegible] Zahl von Vorstellungen, organisiert den Besuch und sorgt für die notwendige geistige Vorbereitung. Er unterbindet [illegible] den herumziehenden minderwertigen Truppen die Möglichkeit, schlechte Aufführungen zu geben.

So hofft er durch das Zusammenwirken aller Kräfte, mit der Unterstützung der Behörden und unter Führung der Fachleute dem deutschen Theater im Geistesleben des deutschen Volkes den Platz zu erringen, der ihm gebührt und es dem geistigen Wachstum und dem Kulturfortschritt des ganzen Volkes dienstbar zu machen.

Aus unserer Bewegung

Chemnitz. Am 13. Juli fand die [illegible] in der „Hoffnung". [illegible] wurde, wurde das Andenken der vier Kollegen [illegible] Denker und Zirnde in üblicher Weise geehrt. Dann erteilte [illegible] der Kassiererin das Wort. Es ergab sich ein [illegible] Bestand von 27..98 Mk., dem gegenüber stand eine [illegible] von 1018.54 Mk. [illegible] Hauptkasse wurde [illegible] Sterbeunterstützung 275 Mk. Krankenunterstützung [illegible] Mk. Der Kassenbestand [illegible] Quartalsende auf 17..41 Mk. Der Kassiererin wurde Entlastung erteilt. [illegible] die Arbeiterausschüsse [illegible], daß die Lohnzahlungen [illegible] Es wurde aber von der [illegible] gefordert [illegible] Wort [illegible] der Gemeinde einige Worte über den [illegible] von dem Metall [illegible] empfehlen, daß ein jeder monatlich eine Marke [illegible] von Beiträgen [illegible], daß jeder von Mitgliedern [illegible] von 8 Tagen [illegible]

Halberstadt. [illegible] Versammlung unseres Verbandes [illegible] im Gewerkschaftshause. Kollege [illegible] [illegible] „Die Arbeiterkammervorlage". [illegible]

[illegible]

Halle a. S. [illegible]

daß die Gewährung des Sommerurlaubs in den meisten Fällen nicht eingehalten wird. [illegible] Arbeiter die Verbandsmitglieder bei jeder Gelegenheit [illegible] mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen [illegible], wird erwähnt. Kollege Geppert [illegible] über die Lohnverhältnisse. Die Methode der [illegible] bei den Verbandsmitgliedern empfohlen, um bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn zu erlangen [illegible] auch in anderen Filialen [illegible]. Der Verband soll für diese [illegible] dem [illegible] als Mitglieder sich im Verbandsverein [illegible] Beschlossen wird, eine Eingabe um Erhöhung des Stundenlohnes um 20 Pf. und [illegible] des Sommerurlaubs an den Magistrat zu richten.

Hannover. Am 17. Juli tagte eine gut besuchte Mitgliederversammlung unseres Verbandes. Zunächst erstattete Kollege [illegible] den Kassenbericht vom 2. Quartal. Die [illegible] Bestand der Lokalkasse beträgt 2689.75 Mk., Ausgabe [illegible] Mk. [illegible] 2194.54 Mk. Einnahme der Hauptkasse 1777.47 Mark [illegible] an Unterstützungen 127.50 Mk. [illegible] Hauptkasse 1149.97 Mk. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Dann referierte Kollege [illegible] über „Die Arbeiterkammern". Redner führte aus, daß [illegible] Interessenvertretungen [illegible] Handelskammer, Handwerkskammer [illegible]

[illegible]

Kaiserslautern. [illegible]

Königsberg. [illegible]

60 Pf., die Frauen 60 Pf.; im Reinigungsamt, den Tiefbauämtern, Wasserwerke und Parkverwaltung wurde nur eine Zulage von 20 bis 40 Pf. gezahlt. Es wurde beschlossen, daß die Ausschüsse dieser Betriebe sich an den Oberbürgermeister wenden sollen, um sich eine nähere Erklärung einzuholen. Mit einem Appell an die Versammelten, eifrig für den Verband zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Metz. Endlich erfährt man auch von Metz, wie die Kriegsteuerungszulagen dort beschaffen sind. Am 29. September 1916 beschloß der Gemeinderat, daß der niedrigste Lohn 4 Mk. sein solle, unter dem soll kein Arbeiter mehr arbeiten müssen. Dieser Satz ist allerdings für Metz mehr wie bescheiden, denn Metz hat bereits die teuersten Verhältnisse im ganzen Reich. Die Kriegsteuerungszulagen betragen für Ledige 600 Mk., für Verheiratete ohne Kinder 900 Mk., für jedes Kind unter 18 Jahren, das in der Ausbildung begriffen ist oder ohne eigenes Verschulden keinen Verdienst hat, 240 Mk. pro Jahr. Eingerückte erhalten zur Reichsunterstützung einen Zuschuß von 25 Proz. des Lohnes, der mit jedem Kind um 6 Proz. steigt bis insgesamt 50 Proz.

Neustadt a. d. H. Nachdem unsere Filiale am 9. Juni einen Antrag auf Erhöhung der Teuerungszulage um 1 Mk. täglich eingereicht hatte, dieselbe aber bis 18. Juli noch nicht erledigt war, gingen unsere organisierten Kollegen im Gaswerk energisch vor, um so mehr, als eine Anzahl Arbeiter krank wurde, und so mit wenigen Leuten die ganze Arbeit gemacht werden sollte. Sie verlangten die Erhöhung um 1 Mk., widrigenfalls sie die Arbeit niederlegten. Daraufhin wurde der Gasausschuß zusammengeholt, der auch die Erhöhung um 1 Mk. anstandslos rückwirkend ab 1. Juli bewilligte. Es fehlt nun noch die Erhöhung der Zulage für die Monatsarbeiter usw., hoffentlich wird auch diese bald genehmigt. Der Lohn der Gasarbeiter beträgt jetzt für die älteren Arbeiter 5,30 Mk., dazu 2,45 Mk. tägliche Teuerungszulage, insgesamt also 7,75 Mk. pro Schicht. Leider wird hier noch die berüchtigten 24stündigen Wechselschichten in Übung, die man den Arbeitern dadurch schmackhaft macht, daß für die 24 Stunden drei Schichtlöhne, jedoch nur eine Teuerungszulage bezahlt werden. Das sind also 3 × 5,30 = 15,90 + 1,45 Mk., in Zukunft 2,45 Mk., zusammen also 18,35 Mk. Die Einnahme wäre den Kollegen ja wohl zu gönnen. Wenn sie aber näher darüber nachdenken, welche Ausgaben ihnen erwachsen, ferner welchen Raubbau an der Gesundheit sie mit diesen langen Schichten treiben, dann werden sie doch zu dem Schluß kommen, daß es besser ist, wenn sie diese verderbliche Arbeitsweise abschaffen. Neben der Erhöhung der Zulagen um 1 Mk. werden von jetzt ab bis auf weiteres für jede Schicht drei Flaschen Bier unentgeltlich verabreicht.

Plauen i. V. Um allen Mitgliedern der Filiale Gelegenheit zu geben, die Versammlung zu besuchen, waren für Sonntag, den 14. Juli, je eine nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr angesetzt. Die Nachmittagsversammlung war gut besucht, auch einige Kollegen aus Reichenbach waren erschienen. Bei dem Bericht im [illegible] wurde der Versammlung davon [illegible], daß dem Kollegen Werner, Kassierer der Filiale, von der Gaswerksleitung ein Schreiben zugestellt wurde, wonach ihm erklärt, wenn es ihm in den Gaswerken nicht [illegible] gefalle, andere Beschäftigung suchen möge. Werner [illegible] Wort auf dem Standpunkt [illegible] und [illegible] demnach [illegible]. Die Abrechnung vom 2. Quartal ergibt ein [illegible] Resultat für die Lokalkasse sowie auch für die Hauptkasse. Hatte die Lokalkasse am Schluß des 1. Quartals einen Kassenbestand von 316,48 Mk., so beziffert sich dieser am Ende des 2. Quartals auf [illegible] Mk. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 763,18 Mk., für Unterstützung sind 58,75 Mk. gezahlt, so daß an die Hauptkasse 704,43 Mk. überwiesen werden konnten. Erfreulicherweise hat sich auch die Mitgliederzahl um 16 auf 122 vermehrt. Trotzdem der Werkmeisterposten die Kündigung des Kassierers der Filiale als bitteren Beigeschmack zur Abrechnung empfunden wird, werden sich die Mitglieder die Weiterentwicklung der Filiale möglichst angelegen sein lassen und dafür sorgen, alle nützlichen Arbeiter der Organisation zuzuführen. In einem Vortrage über „Die Arbeiterfürsorge in den Gemeinden“ gab Kollege Geppert-Weißenfels einen Umriß über die Verpflichtungen, die sich die Gemeinden und Unternehmer im allgemeinen für die Arbeiterschaft auferlegen müßten. Die Versammelten waren vor dem ersten [illegible].

Aus den deutschen Gewerkschaften

Am Ende des vierten Kriegsjahres. Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands [illegible] die Stimmung der Arbeiterschaft am Ende des vierten Kriegsjahres. Es gibt eindringlich und nachdrücklich eine Uebersicht über die ungeheuren Opfer, die das arbeitende Volk in diesen [illegible] Jahren hat bringen müssen.

Unsagbar viel hat das deutsche Volk ertragen. Und mehr [illegible] hoffen [illegible] auf seinen Zusammenbruch [illegible] wurde [illegible] Tage unter der Last der Bürde zusammenbrechen. Wenn diese Spekulation versagte, so, weil die Erkenntnis unser Volk aufrechterhielt, daß wenn dieser Zusammenbruch einträte, eine noch viel schlimmere Leidenszeit hereinbrechen müßte, als die Kriegszeit uns auferlegt. Wir sehen in den wahren Trieben unserer Gegner, die mit kalter Berechnung die wirtschaftlichen Leiden unseres Volkes steigerten, um während den Zeitpunkt festzustellen, wann das deutsche Volk vor Hunger kraftlos zusammenbrechen würde, einen gefühllosen Kampf gegen wehrlose Frauen und Kinder; die gleißnerische Redensart, daß die Menschheit aus diesem Kriege zu ihrem Heil in ein Staatsgebilde des Rechts und der Gerechtigkeit hinübergeleitet werden sollte, kann niemanden irreführen. Die deutsche Arbeiterschaft ist politisch viel zu klug, als daß diese Phrasen der englischen und französischen Bourgeoisregierungen irgendeinen Eindruck erwecken könnten. . . Zu keiner Zeit hat ein Staat einen so unheilvollen Einfluß auf die Völker ausgeübt als England gegenwärtig.“

„Die Friedenssehnsucht nimmt uns gefangen. Aber nicht um die Hoffnungen im Lager der Gegner zu erfüllen, die des naiven Glaubens sind, unser Volk würde verräterisch im eigenen Lande die Geschäfte derjenigen besorgen, die bereit sind, uns ihre militärische Macht fühlen zu lassen. Wenn Ihr Arbeiter im Ausland glaubt, daß wir zu diesem verräterischen Streich fähig wären, so irrt Ihr Euch und Ihr dürft weder auf diese Hoffnung Euren Sieg aufbauen, noch wird der Friede mit Deutschland jemals so geschlossen werden. Ihr werdet nicht triumphieren über ein Volk, das moralisch für immer gerichtet wäre, wenn es einer aus aller Welt zusammengeholten Soldateska das deutschen Land, unser Heim und unsere Familie preisgegeben würde.

Was wir in Fleiß und rastlosem Streben aufgebaut haben, gehört auch uns, der deutschen Arbeiterschaft. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands ist die Stellung der Arbeiterschaft eng verknüpft. Ihr könnt uns nicht mit Euren asiatischen, afrikanischen Horden eine freiere politische Entfaltung bringen. Die Aufgaben werden wir selbst übernehmen, jetzt und für die kommende Zeit.“

Mit eindringlicher Mahnung wendet sich das „Correspondenzblatt“ namens der deutschen Arbeiterschaft an die Arbeiterklasse der anderen Länder, endlich alle Gedanken an Kriegsentschädigungen und territoriale Machterweiterung fallen zu lassen und dem Morden ein Ende zu gebieten. Es heißt da:

„Aber in einem habt Ihr Arbeiter des Auslandes unsere Unterstützung. Fegen wir uns aber alles Geschrei derjenigen hinweg, die aus dem Krieg ein Geschäft gemacht haben, die den Hunger nie als Gast kannten, sie alle, die bei uns dasselbe Gewerbe treiben wie bei Euch, und erkundet einen Friedenswillen, der nicht zerschellen darf an der Frage, wer die Kosten zu tragen hat für die kulturelle Unsal. Denn was vernichtet ist an ideellen und materiellen Gütern, kann kein Volk dem anderen ersetzen. Dann werdet Ihr unsere Unterstützung haben, und die gesamte Arbeiterschaft aller Staaten könnte zusammen in dem Gedanken, daß der Weg frei ist für die Sache des Friedens. Auch nicht um territoriale Machterweiterung darf der Kampf fortgeführt werden. Wenn die großen Kulturstaaten Europas, die die Führenden in diesem Kampfe sind, während 44 Jahre innerhalb ihrer Staatsabgrenzung leben konnten, sich wirtschaftlich und kulturell entwickelten, dann ist es der helle Wahnsinn, um eines vermeintlich mit Recht zu beanspruchenden Landbesitzes Millionen von Menschen zu opfern und Länder zu verwüsten, die auf viele Jahre ihres Wohlstandes beraubt sind. Klar und offen haben wir wiederholt dieses Friedensprogramm aufgestellt, aber bis heute vermissen wir die Zustimmung, auf die wir hoffen.“

Das „Correspondenzblatt“ zählt dann die mannigfaltigen Friedensbestrebungen Deutschlands chronologisch auf. Eine interessante Darstellung! Dabei muß dann festgestellt werden, daß alle bisherigen Friedensversuche Deutschlands auf glatte höhnische Ablehnung gestoßen sind, daß weite Kreise der Arbeiterschaft in den Ententeländern vollständig im Banne der Kriegsparteien stehen und das Bild der Friedensaussichten noch trostlos ist. Am Schluß des Artikels heißt es treffend:

„Wir wollen auch an der Schwelle des fünften Kriegsjahres das Gelöbnis ablegen, treu und unerschütterlich diesen Weg des klaren Friedenswillens weiter einzuschlagen, bis eines Tages [illegible] Ueberlegung und vernünftige Erwägungen zur Umkehr leiten und das Ende des furchtbaren Krieges herbeiführen wird.“

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1917. Die statistische Beilage des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission bringt eine Uebersicht über die deutschen Gewerkschaftskartelle im verflossenen Jahre. Die Zahl der im Bericht einbezogenen Kartelle hat auch im Jahre 1917 einen weiteren Rückgang erfahren. Den Höchststand von berichtenden Kartellen weist von allen Berichtsjahren das 1913 mit 771 Kartellen auf. Im Jahre 1914 [illegible] nur 578 Kartelle gezählt, 1915 sank sie auf 524 und 1916 auf 469 Kartelle. Die Zahl der berichtenden Kartelle ist jedoch nicht der der bestehenden gleichzusetzen. Eine Anzahl beteiligt sich nicht regelmäßig an der Statistik. Von den [illegible] an der Statistik beteiligten Kartellen waren am Schluß des Jahres

1917 zusammen 54 43 Gewerkschaften, die insgesamt 1 053 102 Mitglieder zählten, angeschlossen. Gegen das Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von rund 216 000 Mitgliedern. Die Art der Tätigkeit der Marteile hat sich unter dem Kriegszustand hart geändert. Der öffentlichen agitatorischen Betätigung der Gewerkschaften sind sehr enge Grenzen gezogen; es fehlt an agitatorisch geschulten Kräften, eine großzügige Werbearbeit für die Gewerkschaften ist daher nicht möglich. Die wertvollsten Einrichtungen der Marteile sind die auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes getroffenen, die Arbeitersekretariate und Reichsarbeitsstellen wurde von 122 Marteilen berichtet. Diese Einrichtungen legen den Gewerkschaften sehr hohe finanzielle Lasten auf. Sehr hohe Kosten verursachen auch die Gewerkschaftshäuser, die in der Statistik von 1917 mit 64 vorhanden sind; 11 davon befinden sich auf eigenem Grundstück. Von den an der Statistik beteiligten Marteilen besitzen 342 gemeinsame Bibliotheken und 82 Lesezimmer. Bildungsausschüsse bestehen an 240 und Jugendkommissionen an 214 Orten. Die 420 Marteile, die über Kassenverhältnisse berichten, hatten zusammen eine Einnahme von 1 044 456 Mk. eine Gesamtausgabe von 1 046 251 Mk. Die Kassenbestände beliefen sich am Schlusse des Jahres auf 387 816 Mk. In der Schlußbemerkungen des Berichts werden die Arbeiter dringend ermahnt, unserem der Gewerkschaften den Spartanerversuchen keinen Raum zu geben, sondern alle Kräfte im Interesse der Arbeiterklasse zusammenzufassen.

Rundschau

Aerzte und Krankenkassen. Allem Anschein nach stehen für eine mehr Zeitarbeit in der Frage Analyse zwischen Aerzten und Krankenkassen bevor. Mit dem Ende des Jahres 1918 laufen etwa 70 Proz. aller in Deutschland zwischen Aerzten und Krankenkassen abgeschlossenen Verträge ab. Unter Berufung auf die Teuerungsverhältnisse beabsichtigen die Aerzte nun, mit sehr erheblichen Mehrforderungen an die Krankenkassen heranzutreten. Auf der Gesamtvorsammlung des Ortskrankenkassenverbandes Saalgebiet, die am Sonntag und Montag in Eisenach stattfand, wurde der Geschäftsführer des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen, Johannes Dresden, nähere Mitteilungen über die Forderungen der Aerzte, worüber bisher noch so gut wie gar nichts in die weitere Oeffentlichkeit gedrungen ist. Danach hat der Leipziger Hauptvorstand in einer Geheimsitzung Stellung genommen zu der Angelegenheit und seine Beschlüsse niedergelegt in einer Reihe von Leitsätzen, die in einem derart provozierenden Tone gehalten sind, daß der Schluß sich aufdrängt, die Aerzte beabsichtigen, es unter allen Umständen zum Kampfe zu treiben in der Hoffnung, daß sie besser als bei Verhandlungen ihre Rechnung zu finden. Eine derartige Ausnutzung der „Konjunktur" von einem Stande, wie es der Aerztestand ist, sei geradezu unerhört. Die Forderungen der Aerzte bewegen sich im Durchschnitt auf 50 Proz. Erhöhung zu den bisherigen geltenden Honorarsätzen, sowohl der Einzelleistungen als auch der Pauschalsätze. In einzelnen Fällen aber die Forderungen auf 100 Proz. Aufschlag betrage. Es bedeutet von einer wenig sittlichen Haltung der Aerzte nicht die Rede sein. Ganz abgesehen davon, daß es sogenannte „Notleidende" gebe, die unterhalb eines Jahres 20 000, 30 000, 50 000 Mk. aus ihrer Kassenpraxis herausholen, belaufe sich der Durchschnitt des jährlichen Einkommens der Aerzte allein aus der Kassenpraxis auf 7000 bis 8000 Mk. Bei dem gegenwärtigen Aerztemangel seien die Aerzte dazu geschaffen, daß sie wohl, ohne nahezulos sehr erhebliche Einkommen auch aus ihrer Kassenpraxis als Kassenärzte, und aus sonstigen Leistungen erzielen. Niemand denke daran, einen so unentbehrlichen und gewiß bedeutenden Berufsstand Nahrungssorgen aufzubürden, und was aus der bestehenden Teuerung an berechtigten Forderungen resultieren könnten, werde durchaus Entgegenkommen bei den Krankenkassen finden, aber was jetzt gefordert wurde, sei unerhört und geradezu unsittlich. Einem von dem Hauptvorstand [illegible] Mustervertrag, der fast nur Rechte [illegible] und Pflichten der Krankenkassen vorsehe, wird der Hauptverband Deutscher Ortskrankenkassen einen Mustervertrag entgegensetzen, der die berechtigten Forderungen der Aerzte [illegible] und [illegible] berücksichtigen wird. Der auf [illegible] Entscheidungen der Aerzte [illegible] sein noch [illegible] worden ist, so wird wahrscheinlich ein Schiedsspruch [illegible] Reichsamt des Innern [illegible] Deutschland [illegible] Kampf [illegible] Aerzten und Krankenkassen [illegible]

Versorgung der Rüstungsarbeiter mit Schuhwerk. [illegible] „Arbeiter [illegible] Gesamtvorstand [illegible] 8. Juli 1918 [illegible] eingestellt [illegible] Frage [illegible] Schuhwerk [illegible] Frage von Schuhwerk [illegible] Arbeiter mit Schuhwerk versehen [illegible] Leitsätze [illegible] gefunden [illegible]

Aufblick.

Leichenträger im endlos grauligen Morden,
Totengräber sind meine Augen geworden.
Die sonst als freundliche Boten von Leben zu Leben gegangen,
sind im Kreis von Leichen und toten Leibern gefangen.

Blutigen Rest von Menschen und Pferden, Gerippe von Häusern und Bäumen,
eilen sie stündlich vor meine Seele zu räumen.
Wie in Schlachtfeld ist meine Brust verheert und zerschlagen,
in meinem Hirn soll ich alle Massengräber der Erde tragen.

Räumt die Toten fort!
Bin ich ein Mensch oder bin ich ein Gräberort? . . . .

Meine Augen sollen wieder im Dienste des Lebens laufen,
Glanz und Licht vom Himmel wieder meinen Scheitel taufen
und nach Sonne und Sternen muß ich suchen gehn . . .
Ich will Kinder und weiße Lämmerwolkchen sehn.

Karl Bröger i. d. „Glocke".

Eingegangene Schriften und Bücher

„Arbeiter Jugend". Die soeben erschienene Nr. 15 des zehnten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt. Der Weg zum Erfolg. Von H. Troncke Bremerhaven. — Der Schutz der jugendlichen Arbeiter nach den Berichten der Gewerbeaufsicht. — Ziegeln. Von N. N. — Leuchtende Ströme. Von Paul Stephan. (Mit Abbildungen.) — Bruder, ich denke an dich . . . Gedicht von Artur Zickler. — Aus der Jugendbewegung. — Von der französischen Arbeiterjugend. — Die Gegner an der Arbeit.

Totenliste des Verbandes.

Jacob Bareis, Mannheim
Fuhrmann
† 12. 7. 1918, 43 Jahre alt.

Johann Bohnsack, Hamburg
Pensionär
† 15. 7. 1918, 68 Jahre alt.

Wilhelm Eckstein, Bremen
Arbeiter
† 23. 6. 1918, 35 Jahre alt.

August Grimm, Neukölln
Arbeiter
65 Jahre alt, gestorben.

Konrad Hackeroth, Hannover
Friedhofarbeiter
† 4. 7. 1918, 45 Jahre alt.

Ernst Liebing, Leipzig
Laternenwärter
† 18. 7. 1918, 64 Jahre alt.

Lorenz Nowack, Berlin
Gasarbeiter
† 23. 7. 1918, 56 Jahre alt.

Hans Rohde, Rendsburg
Werftarbeiter
† 16. 7. 1918, 36 Jahre alt.

August Scheuch, Eisenach
Arbeiter
† 18. 7. 1918, 59 Jahre alt.

Friedrich Schulte, Hamburg
Friedhofarbeiter
† 13. 7. 1918, 62 Jahre alt.

Opfer des Weltkrieges:

Fdr. Alfred Bauer, Leipzig
am 23. Juli 1918 im Alter von 37 Jahren gefallen.

C. Brügmann, Harburg
am 13. Juni 1918 im Alter von 44 Jahren i. Lazarett gestorben.

Johann Dzeik, Königsberg
am 11. Juni 1918 im Alter von 39 Jahren gefallen.

Alfred Lank, Hamburg
am 17. Juli 1918 im Alter von 41 Jahren i. Lazarett gestorben.

Jacob Hillengaß, Mannheim
am 20. Juni 1918 im Alter von 35 Jahren i. Lazarett gestorben.

Heinr. Oeder II, Mannheim
am 17. Juli 1918 im Alter von 22 Jahren i. Lazarett gestorben.

Paul Plunze, Berlin
am 20. Juni 1918 im Alter von 38 Jahren gefallen.

Ferdinand Rönn, Hamburg
am 22. Juni 1918 im Alter von 23 Jahren gefallen.

Gustav Schüller, Pelhau
am 18. Mai 1918 im Alter von 30 Jahren i. Lazarett gestorben.

W. Schwenke, Hamburg
am 22. März 1918 im Alter von 43 Jahren gefallen.

Max Ulbrich, Löbau
am 10. April 1918 im Alter von 28 Jahren gefallen.

August Wusch, Dresden
am 2. Juli 1918 im Alter von 42 Jahren i. Lazarett gestorben.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlich [illegible] Verlag: Karl Legien. Druck: [illegible] & Co., Berlin [illegible]
Karl Legien, Berlin Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. [illegible]